

SR 2524

**Anforderungen an die Gestaltung der
Öffentlichkeitsbeteiligung im
Endlagerauswahlverfahren**

- Kurzbericht zur Gestaltung der
Vorphase eines Auswahlverfahrens für
Endlagerstandorte -

Darmstadt, den 29.09.2006

Im Auftrag des

Bundesamtes für Strahlenschutz

Willy-Brandt-Straße 5

38226 Salzgitter

Öko-Institut e.V.

Büro Darmstadt

Rheinstraße 95

D-64295 Darmstadt

Telefon +49 (0) 6151 - 8191 - 0

Fax +49 (0) 6151 - 8191 - 33

Geschäftsstelle Freiburg

Postfach 50 02 40

D-79028 Freiburg

Hausadresse

Merzhauser Straße 173

D-79100 Freiburg

Telefon +49 (0) 7 61 - 4 52 95-0

Fax +49 (0) 7 61 - 452 95-88

Büro Berlin

Novalisstraße 10

D-10115 Berlin

Telefon +49 (0) 30 - 28 04 86-80

Fax +49 (0) 30 - 28 04 86-88

SR 2524

Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerauswahlverfahren

- Kurzbericht zur Gestaltung der
Vorphase eines Auswahlverfahrens für
Endlagerstandorte -

Autorinnen:

Ass. jur. Regine Barth

Dipl.-Ing. (BA) Beate Kallenbach-Herbert

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung des Auftraggebers (Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) übereinstimmen.

Zusammenfassung

Der vorliegende Kurzbericht wurde im Rahmen des Vorhabens SR 2524 „Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerauswahlverfahren“ erstellt. Er stellt die Ergebnisse der Arbeiten zum ergänzenden Arbeitspaket „Gestaltung der Vorphase eines Auswahlverfahrens für Endlagerstandorte“ zusammen.

Es wird ein Vorschlag unterbreitet, die Vorphase eines Auswahlverfahrens für Endlagerstandorte als „Konsensphase“ zu gestalten, die geeignet ist, die folgenden Ziele zu erfüllen, die sich vor dem Hintergrund der aktuellen Situation der Endlagerung in Deutschland abzeichnen:

- Klärung grundsätzlicher Konfliktpunkte zwischen Vertretern der Bundesregierung und der EVU;
- Verständigung wesentlicher Stakeholder über Eckpunkte des Endlagerverfahrens und über die potenziellen Standortregionen;
- Entwicklung von Verständnis in der Öffentlichkeit für Notwendigkeit der Endlagerung.

Wesentliche Institutionen der Konsensphase sind

- die Verhandlungsgruppe aus Vertretern der Bundesregierung und den Vorständen der kernkraftwerksbetreibenden EVU, die auf bestehende Strukturen aus den Konsensvereinbarungen zwischen Bundesregierung und EVU bzw. des nachfolgenden Monitorings zurückgreift, sowie
- ein neu zu schaffendes Konzeptionsforum, in dem die wesentlichen Stakeholder vertreten sind. Das Konzeptionsforum erarbeitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungsgruppe Empfehlungen an den nationalen Entscheider zu den wesentlichen Eckpunkten des Endlagerverfahrens und zur Auswahl der potenziellen Standortregionen.

Die Konsensphase vereint mit diesen beiden Institutionen und ihren jeweiligen Zuständigkeiten die Anforderungen an die erforderliche Entscheidungskompetenz, Verfahrensfortschritt und Verbindlichkeit einerseits sowie an Partizipation, Transparenz, Akzeptanz und Gestaltungsfreiheit andererseits.

Parallel zum Stakeholderprozess sind Maßnahmen zur Information und zum Dialog mit der allgemeinen Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit vorgesehen. Die Ergebnisse dieser Prozesse fließen in die Arbeiten des Konzeptionsforums mit ein.

Unter Berücksichtigung der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom November 2005 formulierten Zielsetzung der Bundesregierung, in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung der Endlagerfrage zu kommen, werden abschließend verschiedene Meilensteine sowie ein grober Ablaufplan für die Konsensphase vorgestellt. Bei engagierter und kurzfristiger Planung und Umsetzung der Konsensphase besteht die Möglichkeit, die notwendigen Grundlagen für den Einstieg in ein Standortauswahlverfahren in 1,5 bis 2 Jahre zur Verfügung zu stellen.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	I
1 Einleitung	1
2 Vorschlag für die Gestaltung einer Konsensphase eines Endlagerverfahrens zur Konzeption und Standortvorauswahl	3
2.1 Hintergrund.....	3
2.2 Strukturelle Gestaltung der Konsensphase	6
2.2.1 Konsensfindung der Hauptakteure.....	6
2.2.2 Interaktion mit der Öffentlichkeit.....	12
2.3 Ablaufplan	15
Literaturverzeichnis	17

1 Einleitung

Auftrag und Zielsetzung

Mit Vertrag vom 01.06.2005 <BfS 2005> wurde das Öko-Institut e.V. vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beauftragt, Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerverfahren zu erarbeiten. Mit dem 1. Zusatzvertrag vom 17.07.2006 <BfS 2006> wurde das ergänzende Arbeitspaket „Gestaltung der Vorphase eines Auswahlverfahrens für Endlagerstandorte“ vereinbart. Die Arbeiten zu diesem ergänzenden Arbeitspaket sind auftragsgemäß in einem Kurzbericht zu dokumentieren, der hiermit vorgelegt wird.

Das Bundesamt für Strahlenschutz verweist in seiner Leistungsbeschreibung <BfS 2006a> darauf, dass sowohl aus den Zielsetzungen des AkEnd als auch aus den vorliegenden Erfahrungen und Vorschlägen anderer Länder ersichtlich ist,

„dass für das Gelingen eines Auswahlverfahrens eine sorgfältig geplante Vorphase, in der Einigung über die wesentlichen Aspekte des Auswahlverfahrens erzielt wird, von größter Bedeutung ist.“

Entsprechend sind im Rahmen des zusätzlichen Arbeitspaketes Anforderungen an diese Vorphase vor dem Hintergrund der deutschen Konflikt- und Interessenssituation zu planen und aufzustellen <BfS 2006a>.

Vorgehensweise

Die im vorliegenden Kurzbericht dokumentierten Arbeiten wurden parallel zu den ursprünglich gemäß <BfS 2005> vereinbarten Arbeitspaketen zur Entwicklung eines Konzepts zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerverfahren durchgeführt. Sie greifen auf alle Grundlagen zurück, die im Rahmen des Vorhabens erarbeitet wurden und basieren insofern

- auf praktischen Erfahrungen aus verschiedenen technischen Bereichen sowie
- auf theoretischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen verschiedener Forschungsdisziplinen

und beziehen

- die relevanten juristischen Randbedingungen sowie
- Erkenntnisse aus Stellungnahmen von Beteiligten verschiedener Großvorhaben mit ein.

Eine umfassende Dokumentation aller Grundlagen findet sich in den Berichten zum Vorhaben SR 2524: „Bericht zum AP 1 mit Darstellung des Detailkonzepts“ <Öko 2005a>, zweiter Zwischenbericht zur Auswertung der Arbeitsergebnisse von COWAM und FSC¹ <Öko 2005b>, dritter Zwischenbericht zur Bewertung der Informations- und Beteiligungsrechte der Bevölkerung <Öko 2006a> sowie Entwurf des Endberichts zur Darstellung des Konzepts zur Beteiligung der Öffentlichkeit <Öko 2006b>.

Der vorliegende Kurzbericht basiert auf einer mit dem BfS abgestimmten Präsentation „Vorschlag für die Gestaltung einer Konsensphase eines Endlagerverfahrens zur Konzeption und Standortvorauswahl“, die vereinbarungsgemäß die wesentliche Grundlage der nachfolgenden Ausführungen darstellt.

Eine ausführliche wissenschaftliche Herleitung und Begründung der hier aufgestellten Gestaltungsvorschläge findet sich in <Öko 2006b>, insbesondere in Kapitel 3 „Wissenschaftlicher Herleitungs- und Begründungszusammenhang“ und Kapitel 5 „Grundlagen für das Beteiligungskonzept“.

¹ EU-Vorhaben Community Waste Management (COWAM) und Forum on Stakeholder Confidence (FSC) der OECD/NEA

2 Vorschlag für die Gestaltung einer Konsensphase eines Endlagerverfahrens zur Konzeption und Standortvorauswahl

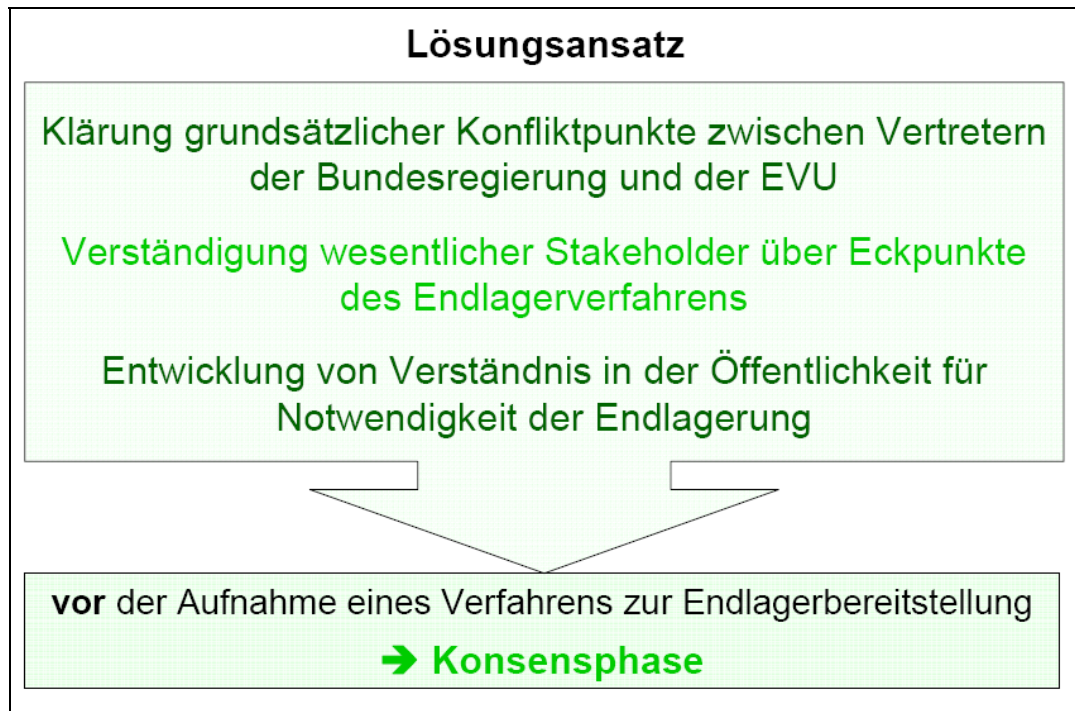
2.1 Hintergrund

Die Anforderungen an die Gestaltung der Vorphase des Endlagerverfahrens ergeben sich im Wesentlichen aus der aktuellen Ausgangssituation, die die Situation der Endlagerung in Deutschland prägt. Sie lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Ausgangssituation

- Bestehen gesetzlicher Festlegungen, aber: **kein Konsens zwischen relevanten Stakeholdern über wesentliche Eckpunkte der Endlagerbereitstellung**
 - **Wesentliche Grundlagen der Verfahrensgestaltung noch nicht oder nicht ausreichend detailliert festgelegt** (z. B. Umfang des Standortauswahlverfahrens, Schutzziele, Kriterien Standortvergleich und –bewertung, Öffentlichkeitsbeteiligung, Finanzierung)
- Konsequenz: **hemmende Entwicklungen** im Endlagerverfahren
- Ausweitung/Verfestigung einzelner Konfliktpunkte
 - zunehmende Politisierung
 - keine Basis für Vertrauen und Akzeptanz
 - kein Bewusstsein in der Bevölkerung

Ein Lösungsansatz, der die aufgezeigten Hemmnisse überwinden soll, muss letztendlich die drei folgenden Akteursebenen einbeziehen und sie jeweils in ihren spezifischen Funktionen in einer frühen Phase in das Verfahren integrieren:



Entsprechend der vorrangigen Zielsetzung, vor dem Einstieg das eigentliche Standortauswahlverfahren einen möglichst breiten Konsens über wesentliche Eckpunkte des Verfahrens zu erreichen, wird diese Vorphase nachfolgend als „Konsensphase“ bezeichnet.

Für die Durchführung einer vorgelagerten Phase zur Klärung (Konzeption) grundlegender Verfahrensfragen (Konzeptionsphase) gibt es international im Bereich der Endlagerung radioaktiver Abfälle verschiedene Beispiele. Die Konzeptionsphase zeigt in den nachfolgend zusammengestellten Fällen unterschiedliche Ausprägungen. Allen Beispielen gemeinsam ist jedoch, dass sie der Klärung grundlegender Fragen vor dem Einstieg in ein konkretes Verfahren unter Einbeziehung der Stakeholder und der Öffentlichkeit dienen.

Das Mediationsverfahren zum Ausbau des Flughafens in Wien ist ein Beispiel für einen intensiven Konzeptionsprozess, in dem unter Einbeziehung aller wesentlichen Stakeholder im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens umfangreiche Vereinbarungen über die Realisierungsbedingungen des Flughafenausbaus erarbeitet wurden.

Beispiele: Konzeptionsprozesse im Ausland

Großbritannien: Einsatz des CoRWM im November 2003

- Empfehlungen Umgang mit hochradioaktiven Abfällen,
- Gewinn öffentlichen Vertrauens

Schweiz: Sachplan Geologische Tiefenlagerung

- Verfahren, Kriterien und Öffentlichkeitsbeteiligung,
- Einbeziehung von Kantonen, anderen Behörden, benachbartem Ausland, betroffenen Organisationen

Frankreich: Gesetz zum Abfallmanagement 2006

- nationale Debatte zu Grundsatzfragen der Entsorgung seit 2005

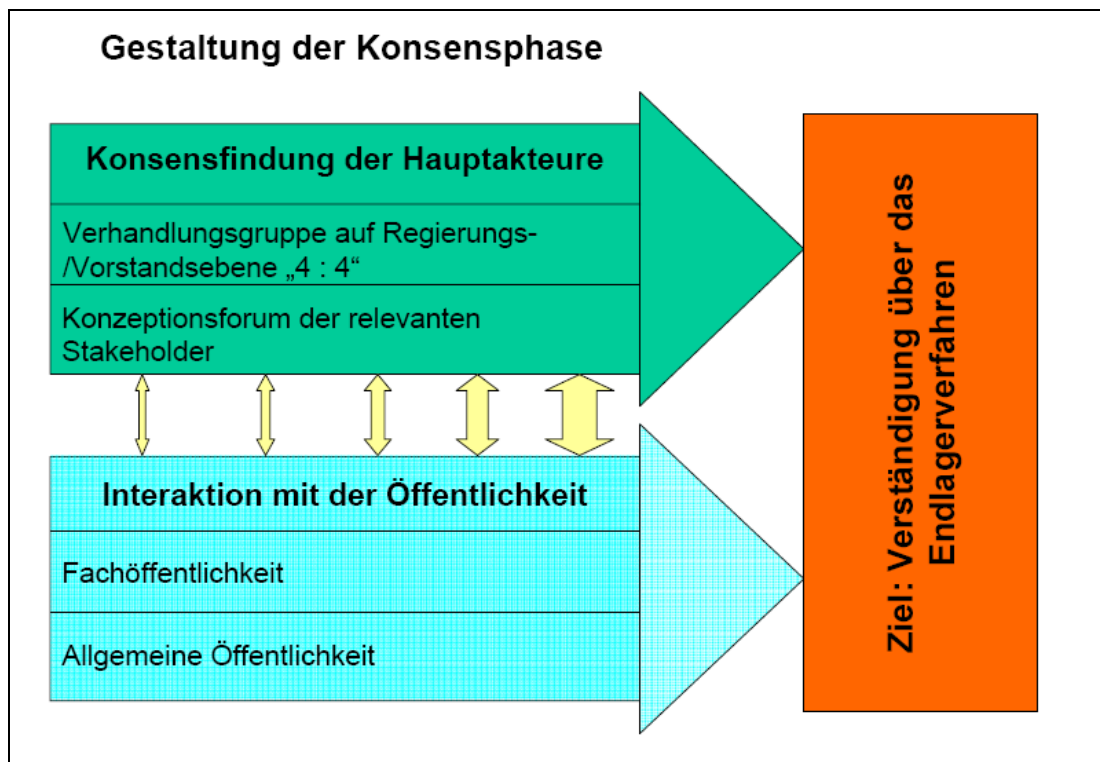
Frühzeitige Klärung von Grundsatzfragen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit auch von wichtigen internationalen Arbeitsgruppen (FSC, COWAM) empfohlen

Beispiel: Mediationsverfahren Ausbau Flughafen Wien

- Beteiligte: Flughafen Wien AG, die Anrainerkommunen, die wesentlichen Bürgerinitiativen, Behörden etc.
- Dauer 5 Jahre, Ende Sommer 2005
- Anerkennung und soweit erforderlich Übernahme des Ergebnisses durch die Bundes- und Landesregierungen
- **Vertragliche Vereinbarung inklusive Klageverzicht aller Beteiligten** u. a. über
 - Bau einer zusätzlichen Start- und Landebahn
 - Umfassende Maßnahmen zum aktiven und passiven Schallschutz (inkl. detaillierte Ausarbeitung einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen)
 - Auflage eines regionalen Entwicklungs- und Umweltfonds der mit 4 Mio. Euro jährlich von der Flughafen AG gespeist wird
 - Verabredung über Untersuchungsgegenstände und Bewertungsmaßstäbe im anschließenden Verwaltungsverfahren

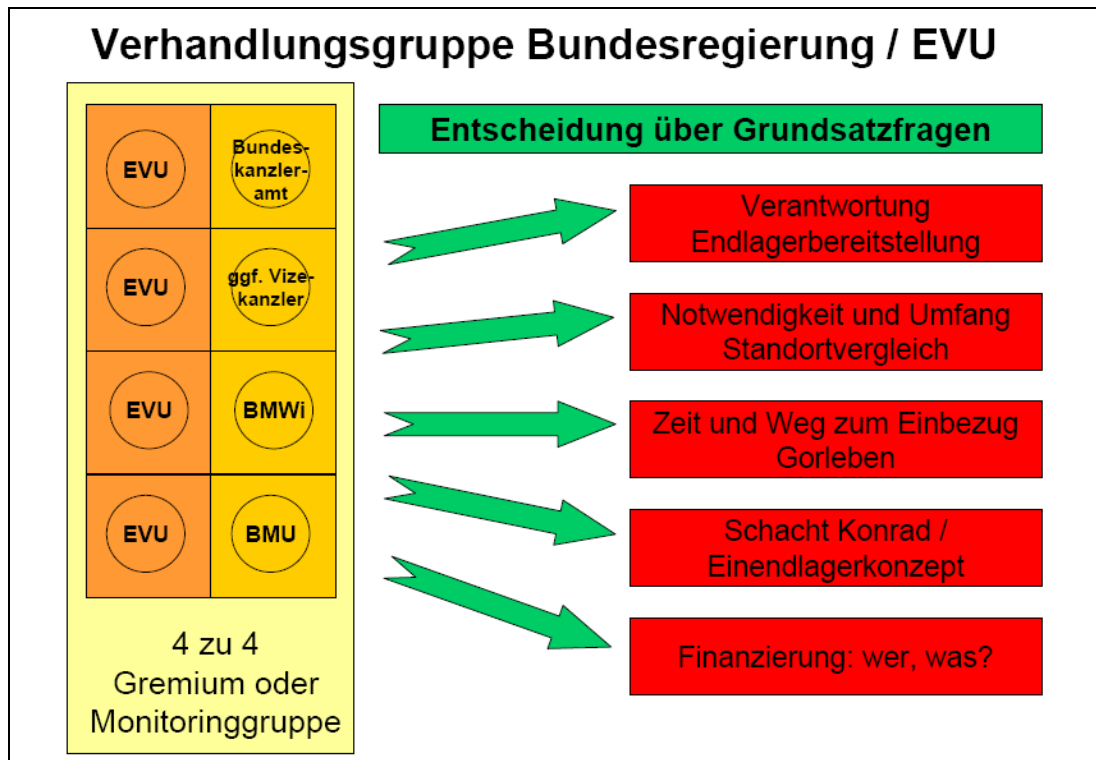
2.2 Strukturelle Gestaltung der Konsensphase

Für die Erreichung der oben beschriebenen Zielsetzung in der Konsensphase wird ein zweisträngiger Aufbau gewählt. Der eine Strang dient der Konsensfindung zwischen den wesentlichen Akteuren. In einem parallelen Strang erfolgt die Interaktion mit der Fachöffentlichkeit und der allgemeinen Öffentlichkeit, um den Prozess und die Vereinbarungen über die Eckpunkte der Verfahrensgestaltung frühzeitig transparent zu machen:



2.2.1 Konsensfindung der Hauptakteure

Die Konzeption des Endlagerverfahrens durch die wesentlichen Stakeholder setzt voraus, dass grundlegende Fragen der Endlagerung der radioaktiven Abfälle zwischen der Bundesregierung und den vier kernkraftwerksbetreibenden EVU geklärt sind. Diese Klärung bedarf eines eigenen Prozesses, der sinnvollerweise in Anlehnung an bestehende Strukturen aus den so genannten Konsensverhandlungen organisiert wird.



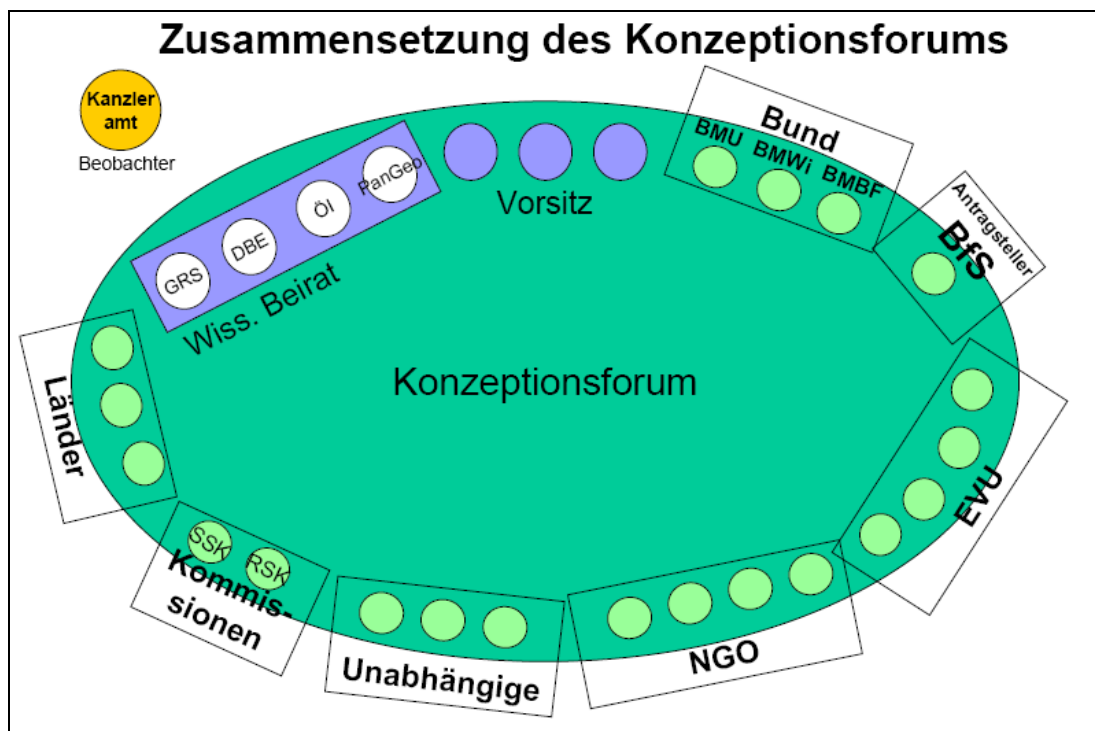
Auf der Basis der Entscheidungen der Verhandlungsgruppe zwischen der Bundesregierung und den EVU kann zeitnah und zielgerichtet die Ausgestaltung der wesentlichen Eckpunkte des Endlagerverfahrens im Konzeptionsforum der wesentlichen Stakeholder erfolgen. Dafür zeichnen die sich die nachfolgend dargestellten vier inhaltlichen Schwerpunkte ab.

Unter dem Schwerpunkt „Standortfragen“ ist neben der Erarbeitung von Schritten und Kriterien zum Standortvergleich auch die Vorbereitung einer Entscheidung über die potenziellen Standortregionen vorgesehen. Mit dieser Entscheidung, die - entsprechend ihrer Bedeutung - z. B. vom Bundestag zu treffen ist, wird eine wesentliche Grundlage für den Einstieg in das Standortauswahlverfahren gelegt.

Eckpunkte des Endlagerverfahrens

Institutionelles	Standortfragen
Zuständigkeiten Bundesressorts	potenzielle Standortregionen: Kriterien und Auswahl
Zuständigkeiten Bund / Länder	Standortvergleich: Schritte, Kriterien
Finanzierung	Zeitraahmen
Gestaltung Verfahrensbetreiber	
Schutzziele	Beteiligung und Region
Übergeordnete Schutzziele (Gesundheit, Umwelt, Lebensqualität, sozioökonomische Stabilität)	Einbindung nationale und regionale Ebene
Kriterien zur Standortbewertung (radiologisch, chemotoxisch, Umweltauswirkungen, sozioökonomische Entwicklung, Raumplanung)	Information, Dialog, Beteiligung
	Verbindlichkeit der Ergebnisse
	Regionalentwicklung und Kompensation

Für das Konzeptionsforum ist folgende Zusammensetzung vorgesehen:



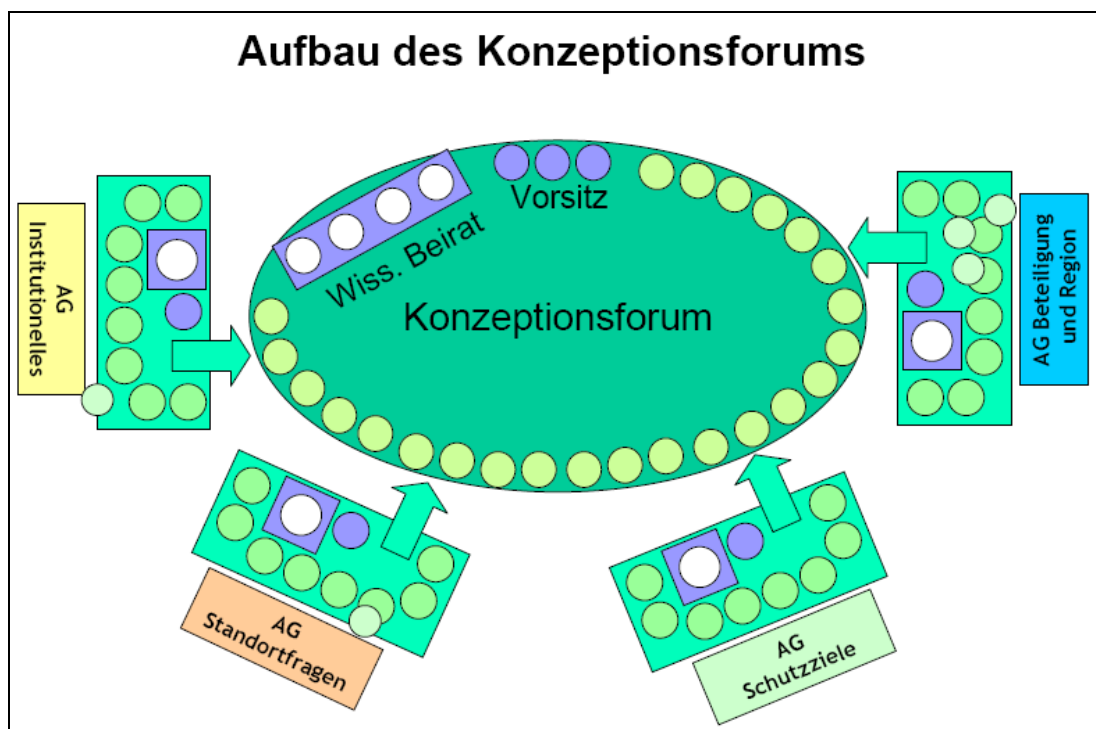
Das Konzeptionsforum ist formal am Bundeskanzleramt angesiedelt, agiert aber inhaltlich unabhängig und weisungsfrei. Es gibt sich eine Geschäftsordnung, in der Details zur Entscheidungsfindung, Sitzungsregularien etc. geregelt werden.

Es setzt sich zusammen aus einem dreiköpfigen Vorsitz, der von unabhängigen Persönlichkeiten geführt wird, einem wissenschaftlichen Beirat, der kurzfristig den erforderlichen Sachverstand zu allen im Konzeptionsforum definierten Fragestellungen bereitstellt oder vermittelt, sowie den genannten Stakeholdergruppen.

Bei der Besetzung der Stakeholdergruppe „Länder“ ist davon auszugehen, dass zu Beginn der Arbeiten des Konzeptionsforums die potenziellen Standortregionen noch nicht bekannt sind. Daher ist zunächst eine Vertretung der *Länderperspektive* durch Teilnehmer aus drei Bundesländern vorgesehen, die vorab nach definierten sachorientierten Kriterien ausgewählt werden. Denkbare Kriterien sind:

- Bestehende Erfahrungen mit Endlagerverfahren (Sachsen-Anhalt (Morsleben), Niedersachsen (Schacht Konrad), Baden-Württemberg (Benken))
- Im Land werden relevante Mengen hochradioaktiver Abfälle erzeugt (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern)

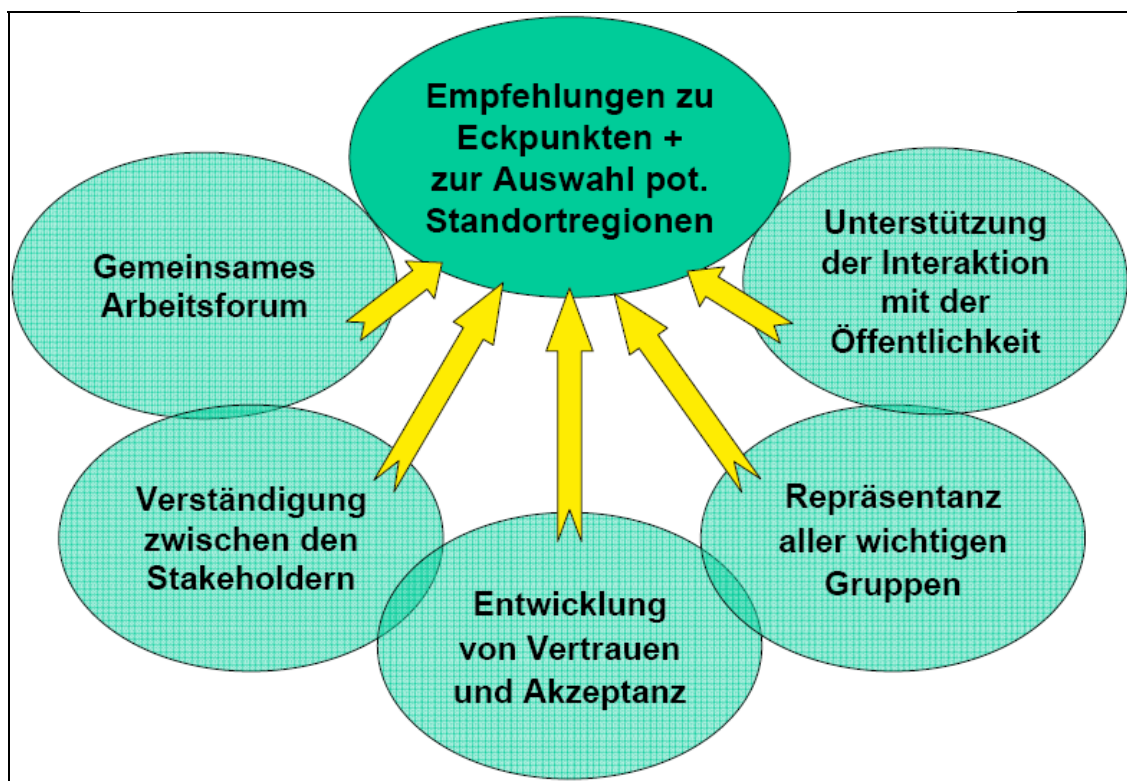
Die Gruppe „Unabhängige“ setzt sich aus Vertretern von z. B. Kirchen und Gewerkschaften zusammen.



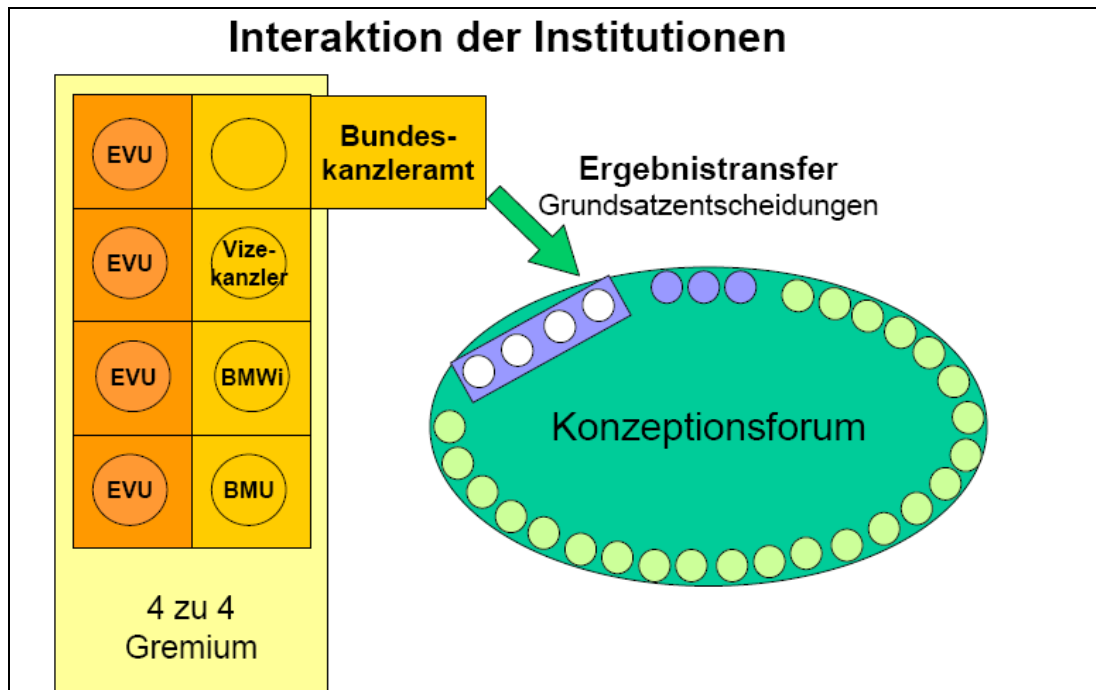
Entsprechend den oben genannten inhaltlichen Schwerpunkten werden vom Konzeptionsforum vier Arbeitsgruppen etabliert, die zu den jeweiligen Schwerpunkten beraten und die Empfehlungen des Konzeptionsforums vorbereiten. Neben Mitgliedern des Konzeptionsforums und jeweils einem Vertreter des Wissenschaftlichen Beirats und des Vorsitzes können in den Arbeitsgruppen auch einzelne Stakeholder vertreten sein, die nicht Mitglieder des Konzeptionsforums sind. Dies bietet die Möglichkeit, insbesondere nach erfolgter Auswahl der potenziellen Standortregionen, einzelne Vertreter der betroffenen Regionen z. B. durch eine Vertretung in der Arbeitsgruppe „Beteiligung und Region“ in die Arbeiten auf der nationalen Ebene zu integrieren und dadurch die Interaktion mit der regionalen Eben zu stärken.

Im Ergebnis erarbeitet das Konzeptionsforum Empfehlungen zu den Eckpunkten des Endlagerverfahrens sowie zur Auswahl der potenziellen Standortregionen. Diese Empfehlungen richten sich an den nationalen Entscheider. Daneben werden mit diesem Gremium verschiedene Ziele verfolgt, die für eine erfolgreiche Abwicklung des Endlagerverfahrens wesentlich sind:

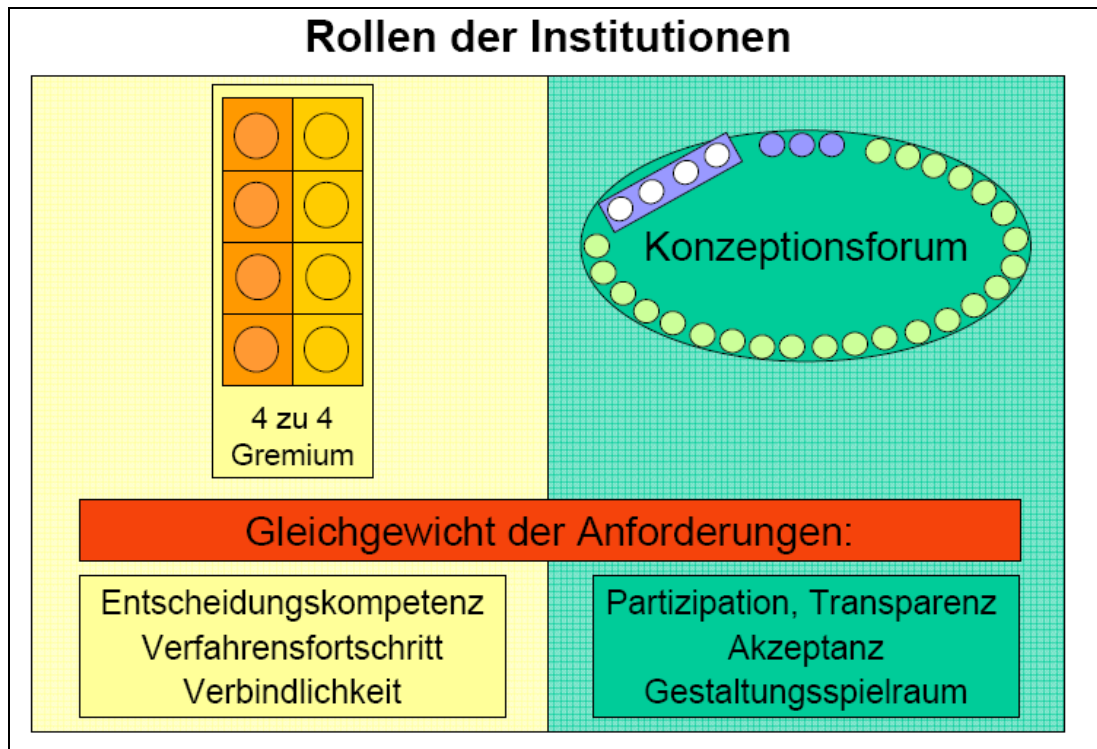
Ziele und Aufgaben des Konzeptionsforums



Der Transfer der in der Verhandlungsgruppe zwischen Bundesregierung und EVU („4 zu 4 Gremium“) getroffenen Ergebnisse zu den Grundsatzentscheidungen erfolgt durch das Bundeskanzleramt, das als Initiator beider Gremien fungiert.



Voraussetzung für eine erfolgreiche Realisierung der Konsensphase auf der Ebene der Stakeholder ist eine eindeutige Definition und ein klares Verständnis der Rollen der beiden beteiligten Institutionen. Diese Rollen müssen von allen Beteiligten akzeptiert und respektiert werden, um das erforderliche Gleichgewicht der jeweiligen Anforderungen zu gewährleisten:



2.2.2 Interaktion mit der Öffentlichkeit

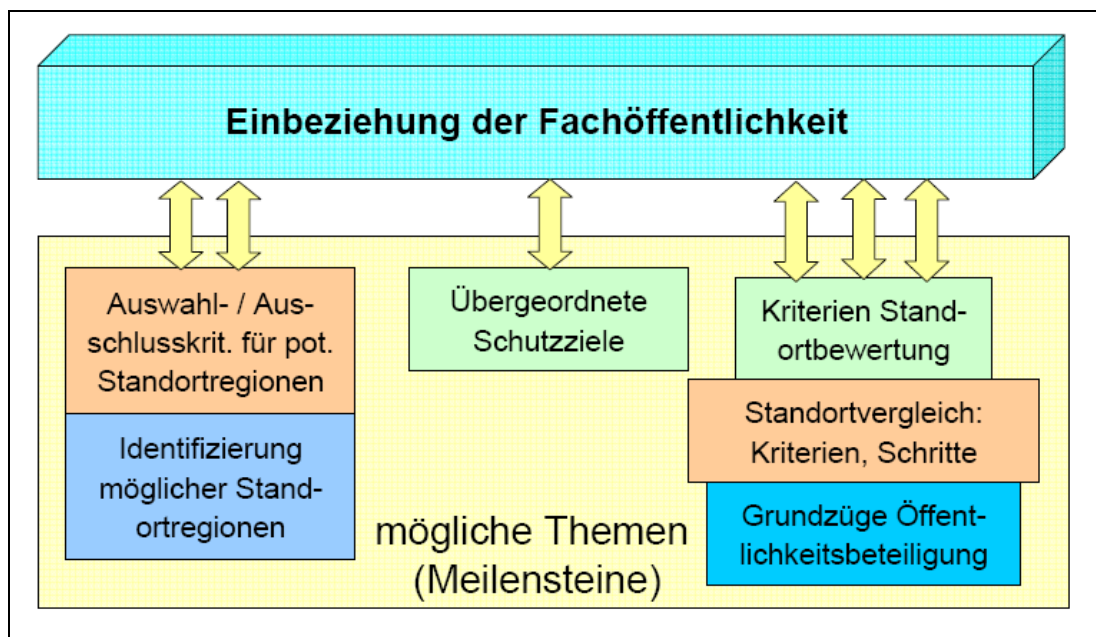
Die Konsensphase beruht wesentlich auf dem Vertreterprinzip, nach dem die wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen in der oben beschriebenen Weise als Stakeholdergremium im Konzeptionsforum vertreten sind. Daneben soll aber auch eine frühzeitige Integration der Fachöffentlichkeit und der allgemeinen Öffentlichkeit erfolgen, um eine möglichst hohe Legitimierung des Verfahrens zu erreichen und die Entwicklung von Akzeptanz zu unterstützen.

Zur Einbeziehung der Fachöffentlichkeit ist nachfolgend skizzierter Ansatz vorgesehen:

Einbeziehung der Fachöffentlichkeit

- **Initiator:** je nach Anlass Konzeptionsforum, Bundesregierung/Ministerien, BfS, EVU
- **Auswahl möglicher Methoden:** Workshops/Konferenzen zu allgemeinen oder speziellen Fragestellungen, Veröffentlichungen, Internetforum, Beratung in Gremien/Kommissionen
- **Ziel:** Dialog und Einbeziehung des vorhandenen Sachverstands

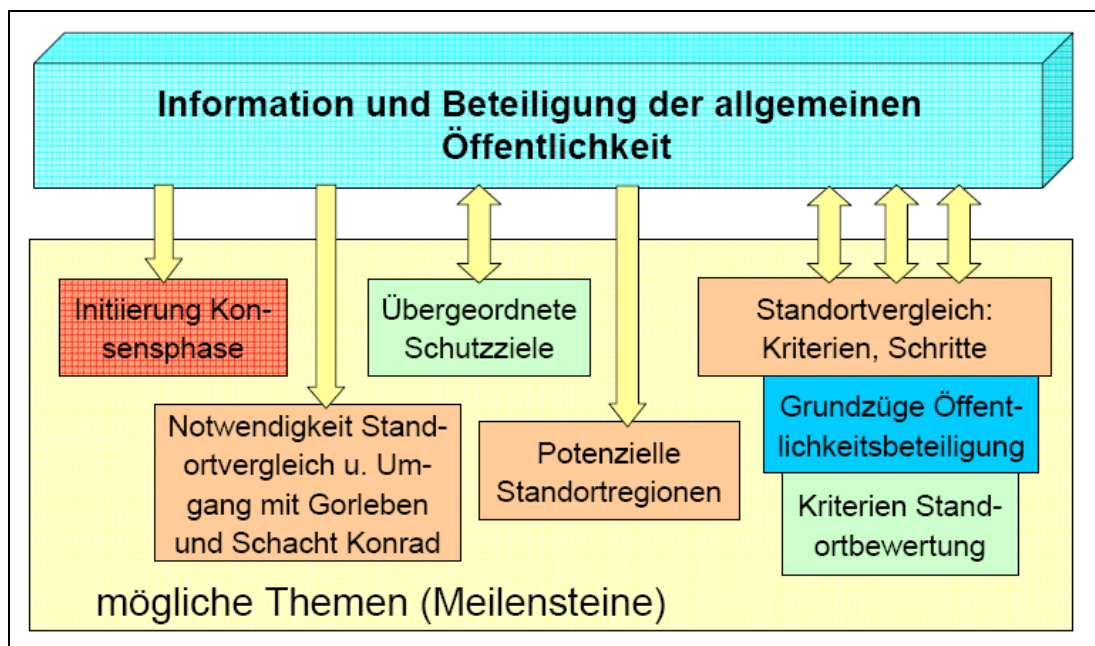
Die Maßnahmen zur Beteiligung der Fachöffentlichkeit sind schwerpunktmäßig auf den Dialog zu speziellen Themen des Konsensprozesses ausgerichtet. Die Ergebnisse werden in das Konzeptionsforum eingespeist und ergänzen die dort vorhandenen Entscheidungsgrundlagen.



Die Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit erfolgt nach einem ähnlichen Ansatz wie oben für die Fachöffentlichkeit dargestellt. Die vorgesehenen Maßnahmen sind in Abhängigkeit von den thematischen Schwerpunkten auf Information oder auf Dialog ausgelegt.

Information und Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit

- **Initiator:** je nach Anlass Konzeptionsforum, Bundesregierung/ Ministerien, BfS, EVU
- **Auswahl möglicher Methoden:** Regionalkonferenzen, Workshops, Meinungsumfragen, Internetforum und -chat, Veröffentlichungen
- **Ziel:** Positive Resonanz zur Endlagerung entwickeln



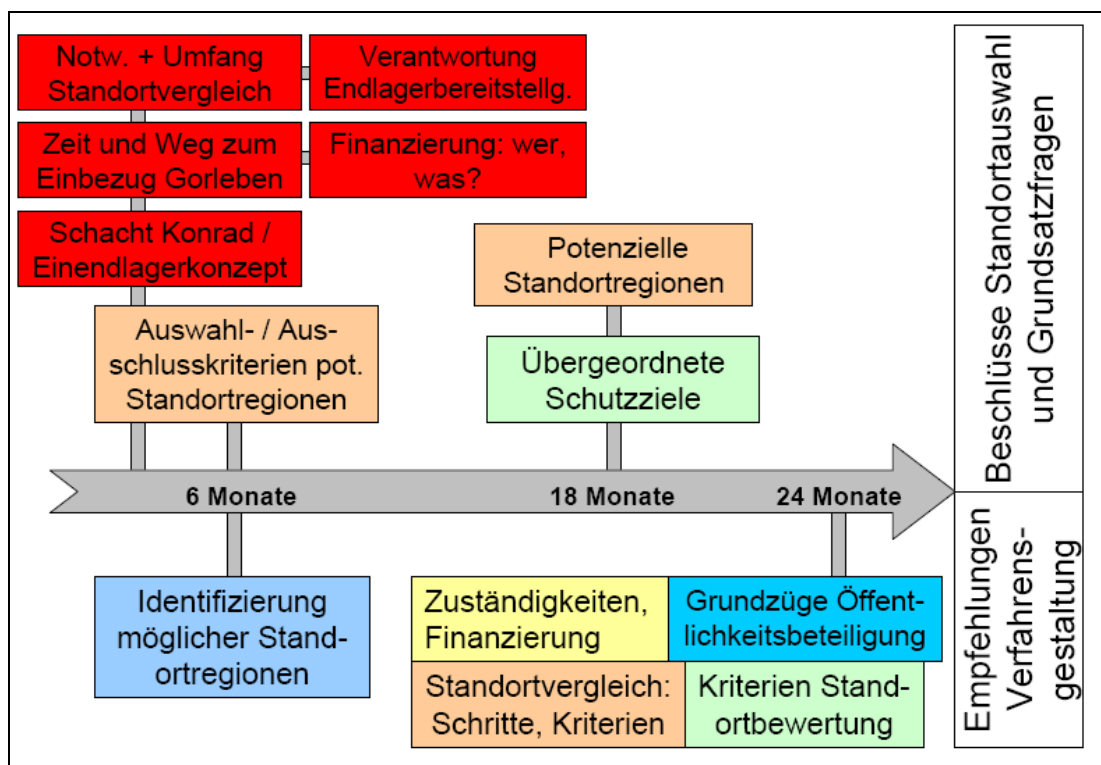
2.3 Ablaufplan

Die Bundesregierung hat mit ihren Koalitionsvereinbarungen vom November 2005 den Maßstab für den zeitlichen Rahmen eines Endlagerverfahrens gesetzt:

„CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen.“

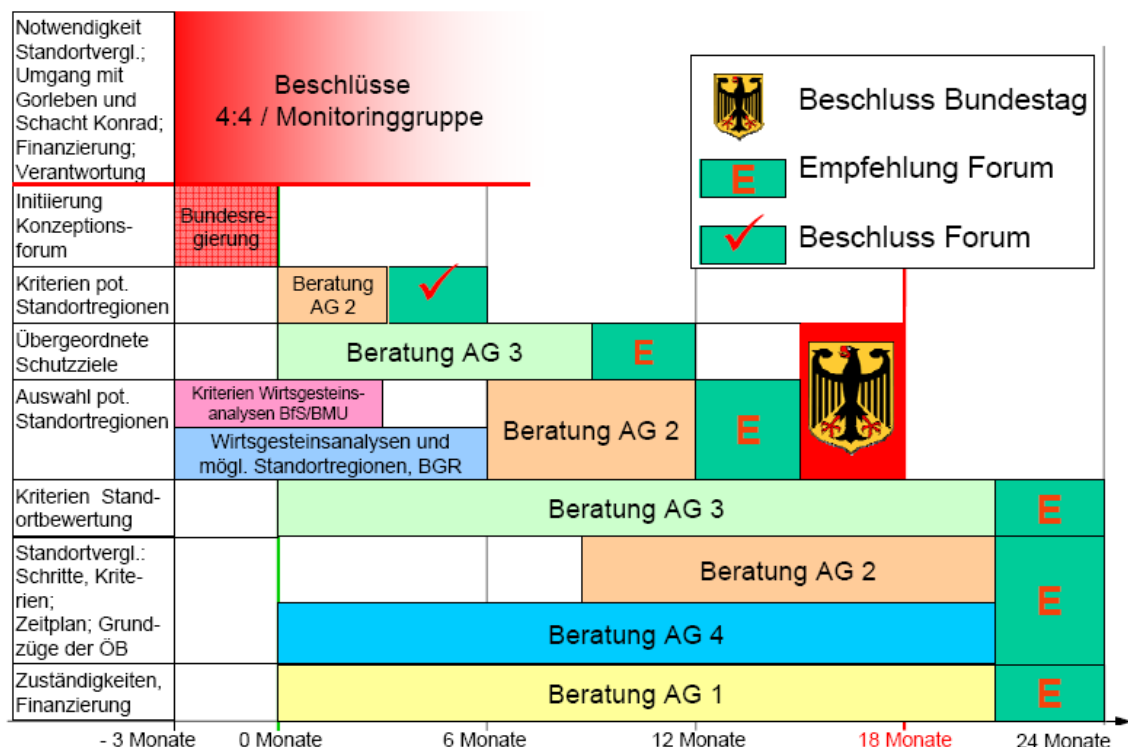
Geht man auf dieser Basis davon aus, dass die Bundesregierung beabsichtigt, in dieser Legislaturperiode in ein konkretes Standortauswahlverfahren einzusteigen, steht aus heutiger Sicht ein Zeitraum von etwa 1,5 bis maximal 2 Jahren für die Erarbeitung der erforderlichen Grundlagen in der Konsensphase zur Verfügung. Damit ergeben sich folgende Meilensteine als erste Orientierung bezüglich des Ablaufs der Konsensphase.

Meilensteine der Konsensphase



Der nachfolgende vereinfachte Ablaufplan gibt einen groben Überblick über den zeitlichen Verlauf der wesentlichen Aktivitäten in der Konsensphase. Für die Initiierung des Konzeptionsforums ist ein Zeitraum von drei Monaten (-3 Monate bis 0 Monate) vorgesehen. Während dieser Zeit können parallel bereits die Arbeiten in der Verhandlungsgruppe zwischen Bundesregierung und EVU (4 zu 4 Gremium oder Monitoringgruppe) aufgenommen werden und die bereits laufenden Arbeiten zur Wirtsgesteinsanalyse gezielt vorangetrieben werden, damit sie als Basis für die Auswahl der potenziellen Standortregionen kurzfristig zur Verfügung stehen.

Vereinfachter Ablaufplan



Gemessen an den definierten Aufgaben stellt der Ablaufplan sehr ambitionierte zeitliche Randbedingungen dar, für deren Realisierung mindestens von folgenden Voraussetzungen auszugehen ist:

- Kurzfristiger Einstieg in die Konsensphase;
- hohes zeitliches Engagement und Verständigungsbereitschaft aller Beteiligten;
- ausreichende finanzielle Ressourcen sowie
- professionelle Organisation, Vorbereitung und Begleitung des gesamten Prozesses.

Literaturverzeichnis

- <BfS 2005> Bundesamt für Strahlenschutz: Vertrag SR 2524, Salzgitter 01.06.2005 und Freiburg 09.06.2005
- <BfS 2006a> Bundesamt für Strahlenschutz: 1. Zusatzvertrag SR 2524, Salzgitter 17.07.2006 und Freiburg 21.07.2006
- <BfS 2006b> Bundesamt für Strahlenschutz: Leistungsbeschreibung – Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Vorfeld eines Endlager-Auswahlverfahrens, SR 2524, 30.05.2006
- <Öko 2005a> Öko-Institut e.V.: SR 2524 - Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerauswahlverfahren - Bericht zum Arbeitspaket 1 mit Darstellung des Detailkonzepts, Darmstadt, 09.12.2005
- <Öko 2005b> Öko-Institut e.V.: SR 2524 - Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerauswahlverfahren - AS 2.1: Auswertung der Arbeitsergebnisse von COWAM und FSC, Darmstadt, 09.12.2005
- <Öko 2006a> Öko-Institut e.V.: SR 2524 - Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerauswahlverfahren - Zwischenbericht über die Darstellung und Bewertung der Informations- und Beteiligungsrechte der Bevölkerung (Arbeitspaket 3), Darmstadt, 13.04.2006
- <Öko 2006b> Öko-Institut e.V.: SR 2524 - Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlagerauswahlverfahren – Entwurf des Abschlussberichts: Konzept zur Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung, Darmstadt, 22.09.2006